



17. November 2021

## **SP ÜBER RECHTS-BÜRGERLICHE MEHRHEIT DER FINANZKOMMISSION: KOMPLETT DAS MASS VERLOREN!**

*Die rechts-bürgerliche Mehrheit der Finanzkommission hat an ihren Sitzungen von vergangener Woche das Mass komplett verloren: Sparpaket, Steuersenkungen und ein weiterer Auftrag zum Staatsabbau. Das ganze Vorgehen ist mehr als entlarvend: Wer sich ernsthaft um die Staatsfinanzen sorgt, kann nicht gleichzeitig eine Steuersenkung beschliessen. Letztlich geht es den rechts-bürgerlichen Parteien einzig darum, die Steuern zu senken und den Staat und damit den Kanton abzubauen. Die SP wird sich gegen diesen Abbau vehement wehren. Der Kanton St.Gallen darf sich seine Zukunft nicht verbauen.*

Mehr als ernüchtert blicken die beiden SP-Mitglieder der Finanzkommission, Monika Simmler und Guido Etterlin, auf die Sitzungstage der vergangenen Woche zurück. SP-Kantonsrätin Monika Simmler: „Das Resultat ist fatal: Ein Sparpaket bei gleichzeitiger Steuersenkung und ein weiterer Auftrag zum Staatsabbau. Die rechts-bürgerliche Mehrheit will dem Kanton St.Gallen offenbar seine Zukunft verbauen. Verantwortungsbewusste Finanzpolitik sieht anders aus“. Noch im Rahmen der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans 2022 bis 2024 lehnten FDP und die Mitte-EVP eine Steuersenkung auf das Jahr 2022 hin klar ab. Der Sprecher der FDP-Fraktion hielt damals fest: „Eine Senkung des Steuerfusses ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Die FDP will die Steuern senken, aber frühestens ab 2024. Ich glaube, es wäre ein falsches Signal, jetzt noch die Steuern zu senken und gleichzeitig zu sagen, wir müssen extrem sparen“. Der Sprecher der Mitte-EVP-Fraktion hielt fest, „meinerseits bin ich Realpolitiker. Machbar ist gegenwärtig keine Steuersenkung“.

Nun beschliesst die rechts-bürgerliche Mehrheit der Finanzkommission dennoch eine Steuersenkung um 5 Prozentpunkte, wobei sie auf die hohen SNB-Gewinnausschüttungen und die solide Eigenkapitalbasis verweist. Fakten, die bereits im Zeitpunkt der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans bekannt waren. Der von der SP geforderte Verzicht auf das Sparpaket mit Verweis auf eben diese Fakten wurde damals ebenfalls im Sinne der „Realpolitik“ von Mitte-EVP und FDP abgelehnt. Damals wurde noch ein strukturelles Defizit heraufbeschworen, um das Sparpaket zu rechtfertigen.

Realpolitik scheint sich innert Monaten wesentlich verändern zu können: Das Sparpaket wird Tatsache, die Steuern werden entgegen den Bekundungen noch in der Novembersession gesenkt und es wird ein weiterer Auftrag zum Staatsabbau erteilt.

### **Entlarvende Finanzpolitik**

SP-Fraktionspräsidentin Bettina Surber, fasst die Situation so zusammen: „Die SP kann mit Blick auf die Finanzpolitik der rechts-bürgerlichen Parteien nicht mehr viel erschüttern. Aber eine solche Kehrtwende sucht doch ihresgleichen. Letztlich machen damit auch die Fraktionen der Mitte -EVP und FDP klar, worum es ihnen tatsächlich geht: darum, die Steuern zu senken und den, Staat und damit den Kanton

abzubauen.“ Schaut man die Zusammensetzung der Finanzkommission an, so ist angesichts der starken Vertretung der Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten in der Kommission eine weitere Feststellung naheliegend: Der Kanton soll geschwächt werden, um den Gemeinden mehr Macht zu ermöglichen. Leidtragende dieser kurzsichtigen Abbau-Finanzpolitik werden die Menschen und die Unternehmen im Kanton sein.

### **SP wird sich vehement gegen den Abbau wehren und fordert einen selbstbewussten Kanton**

Kantonsrat Guido Etterlin: „Wir werden uns Seitens SP weiterhin vehement gegen das als „Haushaltsgleichgewicht 22+“ bezeichnete Sparpaket und gegen den weiteren Auftrag zum Staatsabbau wehren. Wir fordern weiterhin die korrekte Budgetierung von Einnahmepositionen wie der SNB-Gewinnausschüttung und die Abkehr von der Mär vom strukturellen Defizit“.

Die SP wird sich im Rahmen der Beratung des Sparpakets wehren gegen die Angriffe auf den Service Public, den Bildungsstandort, das Personal und auf die innenkantonale Solidarität. Und sie wird sich auch weiterhin einsetzen für gerechte Bildungschancen, für sozialen Ausgleich, für die Gesundheitsversorgung, dafür, dass Ergänzungsleistungen bezahlt werden, wenn die Rente nicht zum Leben reicht, dafür, dass Prämienverbilligung gewährt wird, wenn die Gesundheitsausgaben das Familienbudget übersteigen, für die Infrastruktur für die Menschen und die Unternehmen, für die Gewährleistung des Rechtsstaates und für das Funktionieren einer professionellen Verwaltung, für die Sicherheit und für den ökologischen Umbau.

Die SP fordert einen Kanton, der sich selbstbewusst nach vorne entwickelt, statt einen Kanton, der sich selbst vernichtet. Damit – und nicht wie von der Finanzkommission festgehalten mit einer Steuersenkung – gewinnt der Kanton an Standortattraktivität. Eine Steuersenkung lehnt die SP ab.

### **Für Rückfragen:**

- Bettina Surber, Fraktionspräsidentin: 079 830 55 83
- Guido Berlinger-Bolt, Politischer Sekretär SP SG, 076 562 05 33